

INHALT:

Juni 2003

• <i>Editorial</i>	Seite	2
• <i>Vorschau Mitgliederversammlungen</i>	Seite	2
• <i>Protokoll der Mitgliederversammlung im Mai</i>	Seite	3
• <i>Vorhersehbare Reaktionen auf den Haushaltsplan 2004</i>	Seite	4
• <i>GRÜNE Vorschläge zur Dezernatsverteilung</i>	Seite	5 - 6
• <i>Zweite Rheinbrücke in Sicht?</i>	Seite	6
• <i>Familienfeindliche Preiserhöhung im ÖPNV?</i>	Seite	7
• <i>Grüne Jugend fordert zügige Reformen</i>	Seite	7
• <i>BDK-Antrag zur Agenda 2010</i>	Seite	8 - 12
• <i>In Ettlingen geht man neue Wege</i>	Seite	13
• <i>Antrag Stadtmarketing</i>	Seite	13
• <i>Antrag Kulturhauptstadt 2010</i>	Seite	14 - 15
• <i>gerechtere Schwimmbadpreise</i>	Seite	15
• <i>Renate Rastätter in der Zeitschrift des Philologenverbandes</i>	Seite	15 - 16

EXTRA „EU-ÖkoNews“ 4/03

• <i>EU-Chemikalienpolitik auf dem Abstellgleis</i>	Seite	17 - 18
• <i>25. Ergänzung zu Chemikalien-Verboten</i>	Seite	18
• <i>Öltanker unter strengerer Regelung</i>	Seite	18
• <i>Eurobarometer: Umwelt an erster Stelle</i>	Seite	18 - 19
• <i>Hinweise und Termine</i>	Seite	19

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

zur Erinnerung:

**Mitgliederversammlung seit April 2003, jeden 2. Mittwoch im Monat
um 20 Uhr im „Viktoriagarten“ · Viktoriastr. 7**

Nächste **Mitgliederversammlung am 11.6. 2003**

um 20 Uhr im „Viktoriagarten“ · Viktoriastr. 7

Top 1 Kinder in Karlsruhe (Referentin Dr. Susanne Heynen, Kinderbüro Ka)

Top 2 Delegiertenwahl für die LDK in Ehingen vom 27. bis 29.6. (sechs Delegierte)

Für die folgenden Mitgliederversammlungen sind bisher diese Themen geplant:

Juli MV am 9.7.03

- Bericht der Delegierten von der BDK in Cottbus
- Bericht der Delegierten von der LDK in Ehingen

Liebe Freundinnen und Freunde,

2010 steht auf der Agenda und dahinter ein ganzes Bündel an geplanten Maßnahmen zum Umbau des Sozialstaates. Die darin enthaltenen Vorschläge seien „alternativlos“ oder Ähnliches können wir täglich in den Zeitungen lesen - und es scheint, als hätten diese ständigen Wiederholungen tatsächlich ihre Wirkung erzielt. So ist es gelungen, die Diskussion über mögliche Alternativen weitgehend an den „linken“ Rand zu drängen und Themen wie eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder die Einbeziehung aller Einkommensarten in die Sozialversicherung zu tabuisieren.

All das ändert nichts daran, dass die Agenda 2010 in ihrer jetzigen Fassung sozial unausgewogen ist. Die geplanten Einsparungen belasten einseitig die einkommens- und besitzschwachen Anteile der Bevölkerung. Die Dringlichkeit von tiefgreifenden Reformen kann derzeit sicherlich nicht in Frage gestellt werden. Über das „Wie“ und vor allem das „Wer“ (...wird belastet ?) sollte aber noch nicht das letzte Wort gesprochen sein. Umso erfreulicher, dass der auch von unserem Kreisverband unterstützte Vorstoß zur Durchführung eines Sonderparteitags zum Thema Sozialreformen erfolgreich war.

Am 13./14. Juni wird die Bundesdelegiertenkonferenz in Cottbus stattfinden. Unsere letzte Mitgliederversammlung hat sich des Themas Agenda 2010 angenommen und im Anschluss an ein engagiertes Referat unserer Landesvorsitzenden Renate Thon einen Antrag für die BDK verabschiedet. Darin werden die derzeit geplanten Maßnahmen einer kritischen Bewertung unterzogen und Vorschläge für einen aus unserer Sicht sozial gerechten Weg aufgezeigt. Hoffentlich werden solche und ähnliche Stimmen auf den anstehenden Parteitagen (auch der SPD) Gehör finden und ihren Niederschlag in der Realpolitik finden.

Und zum Schluss noch eine Interna: Unser Vorstand ist seit der letzten MV erfreulicherweise wieder komplett. Wir wünschen Eric Fengler, unserem neuen Kassierer, viel Freude und Erfolg bei seiner Arbeit.

Viele Grüße – *Bettina Lisbach*

Protokoll der Mai-MV

Vom 14. Mai 2003

Anwesende: 16 (stimmberechtigt 12)

Leitung: Michaela Müller

Protokoll: Bettina Lisbach

Top 1 - Vortrag von Renate Thon zur Agenda 2010

Die Landesvorsitzende Renate Thon referiert über die Agenda 2010, wobei insbesondere die Themen: Arbeitsmarktpolitik, Gesundheitspolitik sowie kommunale Finanzen und staatliche Einnahmen zur Sprache kommen. Die in der Agenda 2010 vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen (u.a. Versteigerung der Gewerbesteuern, Investitions- und Kreditprogramme) werden von ihr überwiegend positiv beurteilt.

Die geplanten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind sehr vielfältig und werden sowohl von Renate als auch von der MV in der anschließenden Diskussion teilweise positiv, teilweise auch sehr kritisch gesehen. So fehlten den Arbeitsämtern aufgrund der bereits umgesetzten Vorschläge des Hartz-Konzeptes bereits heute dringend notwendige Mittel für Fortbildungsmaßnahmen und Eingliederungszuschüsse. Die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe II und Sozialhilfe wird als sozial unausgewogen bewertet, da sie in der Regel zu einer Kürzung des Einkommens von Arbeitslosen führen wird. Positive Effekte der Reform erwartet Renate insbesondere durch eine Effektivierung der Verwaltung innerhalb der Bundesanstalt für Arbeit.

Die geplante Ausgliederung des Krankengeldes aus der paritätisch finanzierten Krankenversicherung stuft Renate als sehr problematisch ein. Zur Verbesserung der Einnahmesituation der Krankenkassen wird von den Anwesenden stattdessen die Einbeziehung aller Einkommensarten vorgeschlagen.

Bei der Erhöhung der staatlichen Einnahmen sollte nach Ansicht der Anwesenden der Schwerpunkt auf mehr Verteilungsgerechtigkeit gelegt werden. Themen wie eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie eine Erhöhung der Erbschaftssteuer dürften dabei nicht weiter tabuisiert werden.

Top 2 - BDK-Antrag

Klaus Stapf stellt den von ihm verfassten Antragsentwurf vor (überarbeitete Fassung im Rundbrief). Er wird diskutiert und anschließend bei zwei Enthaltungen ohne Gegenstimme angenommen. Der Vorstand wird legitimiert, vor Versendung an die Bundesgeschäftsstelle noch redaktionelle Änderungen durchzuführen.

Top 3 - Wahl der Delegierten zur Sonder-BDK am 13./14.06.03 in Cottbus

Für die beiden Frauenplätze kandidieren Christa Caspari, Michaela Müller und Anne Brooks. Gewählt werden Michala (5 Stimmen) und Christa (4 Stimmen). Für den freien Platz kandidiert nur Klaus Stapf, der einstimmig gewählt wird. Alle Delegierten nehmen die Wahl an. Anne Brooks wird mit ihrer Zustimmung zur Ersatzdelegierten bestimmt.

Top 4 - Wahl des Kassierers

Einziger Kandidat ist Eric Fengler, der einstimmig gewählt wird und die Wahl annimmt.

Top 5 - Verschiedenes

Der Tagesordnungspunkt Haushaltsplanung des KV für 2003 wird aufgrund der fortgeschrittenen Stunde auf die Juni-Sitzung verschoben.

Christa berichtet von den geplanten Aktivitäten des Karlsruher Friedensbündnisses.

Bettina Lisbach

Herausgeber: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Karlsruhe-Stadt

Layout & Repro: Dominik Jurkitsch – judo

Druck: Maier Typo&Litho GmbH, Karlsruhe

Auflage: 250 Exemplare

Gedruckt auf Umweltpapier

Aus der Gemeinderatsfraktion

Pressemitteilung vom 17. April 2003

GRÜNE nicht verwundert über die Reaktion des Regierungspräsidiums auf den Haushaltsplan der Stadt Karlsruhe: Zahlen die Bürger/innen die Zeche für die großen Pläne der Stadt?

Zu der Auflage des Regierungspräsidiums, den Haushalt der Stadt Karlsruhe für 2004 nur dann zu genehmigen, wenn 6,4 Millionen EURO weniger an Krediten aufgenommen werden, erklären die GRÜNEN im Karlsruher Gemeinderat:

„Oberbürgermeister Fenrich ist es über Jahre hinweg gelungen, für die von ihm favorisierten Projekte Mehrheiten im Gemeinderat zu bekommen. Wir haben schon bei den Planungen zur Neuen Messe und im Verlauf der Debatte über die U-Strab davor gewarnt, dass sich die Stadt mit diesem Kurs auf Jahre hin finanziell übernimmt.“

Die GRÜNEN kritisieren zudem eine Schwerpunktsetzung, die letztlich nur auf Kosten wichtiger Aufgaben der sozialen Daseinsvorsorge und der Entwicklung einer lebenswerten Stadt zu finanzieren ist.

„Genau in diese Richtung gehen jetzt die Empfehlungen von Regierungspräsidentin Hämmerle: Weitere Kürzungen der Freiwilligen Leistungen, Herabsetzung der Standards bei städtischen Dienstleistungen und Gebührenerhöhungen. Diesen Kurs hatten CDU und FDP bereits in den Doppelhaushaltsberatungen gegen die anderen Parteien im Gemeinderat eingeschlagen und durchgesetzt. Darunter waren Entscheidungen, die an Einsparung relativ wenig beitragen, die Bürger/innen aber empfindlich treffen, wie die Gebührenerhöhungen für die Kindertageseinrichtungen und die Verlässliche Grundschule. Ebenso eingespart wurden z.B. die dringend notwendigen Lärmschutzwälle in vielen Stadtteilen. Andererseits wurden - entgegen den von den GRÜNEN eingebrachten Streichanträgen - für Projekte wie die umstrittene Nordtangente und die Beteiligung am wirtschaftlich unrentablen Baden-Airpark Mittel in Millionenhöhe in den Haushalt eingestellt. Bezüglich des Baden-Airpark sind weitere Verpflichtungen absehbar.“

Die GRÜNEN befürchten die Fortführung des harten und gegen weite Teile der Karlsruherinnen und Karlsruher gerichteten Kurses und mahnen eine gründliche Korrektur an:

- Eingehen auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger
- Präferenzierung einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik mit Schwerpunkten auf Mittelstand, Qualifizierung und Arbeitsplätzen
- Konzentration auf wichtige Säulen der Daseinsvorsorge
- Ausloten aller Einsparmöglichkeiten, aber unter Berücksichtigung der Sozialverträglichkeit, der Gesundheits- und Umweltvorsorge
- Verabschiedung von der unrealistischen und nicht finanzierbaren Zielperspektive einer Weltstadt Karlsruhe



<http://www.taz.de>

Konkret schlägt die GRÜNE Gemeinderatsfraktion vor, neben der Aufgabe von Nordtangente, Baden-Airpark und Iffezheimer Tribüne das U-Strab-Projekt noch einmal zu überdenken. Dessen Folgekosten, angefangen von der Unterhaltung der unterirdischen Trassenanlage sind derzeit noch gar nicht absehbar. Nicht absehbar sind auch die Konsequenzen einer jahrelangen Baustelle in der Kaiserstraße für den sowieso zur Zeit schon gebeutelten Handel.

„Es kann nicht sein, dass nun, nachdem die Reserven erschöpft und der Kreditrahmen überzogen ist, die notwendige Haushaltskonsolidierung allein auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger ausgetragen wird,“ schließen die GRÜNEN im Gemeinderat ihre Stellungnahme ab.

Wir laden ein
zum 2. Kommunalpolitischen Forum der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion

„Ausverkauf der Stadt Karlsruhe - Kein Ende der Privatisierungswelle“

am Mittwoch den
25. Juni um 20 Uhr im Akropolis-Ziegler
Baumeisterstr. 18 in Karlsruhe

Stadtrat Harry Block wird die Dimensionen und Auswirkungen der immer mehr um sich greifenden Gründungen von städtischen Gesellschaften am Beispiel Karlsruhe vorstellen - und wie dadurch der Einfluss des Gemeinderates auf wichtige kommunalpolitische Entscheidungen zurückgedrängt wird.

DIETER EMIG • BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION

Aus der Gemeinderatsfraktion

Pressemitteilung vom 2. Mai 2003

GRÜNE mit Vorschlag zur Dezernatsverteilung

„Grundsätzlich sind wir bereit, einen Versuch mit vier Dezernaten zu unternehmen“, so die stellvertretende Fraktionssprecherin Gisela Splett und der verwaltungspolitische Sprecher Klaus Stapf der GRÜNEN. „Allerdings halten wir die Wahl des jetzigen Zeitpunkts durch FDP und CDU für sehr unfair gegenüber der SPD. Der richtige Zeitpunkt wäre das Ende der Amtszeit von Bürgermeister Eidenmüller gewesen.“

Auch seien die GRÜNEN mit dem Vorschlag von Oberbürgermeister Fenrich nicht einverstanden, so Klaus Stapf weiter. Dieser lege zuviel Wert auf vorhandene Besitzstände, marginalisiere den Umweltbereich und verstärke weiter das jetzt schon übergewichtige Dezernat 4, das derzeit Bürgermeister Groh innehat.

Die Grünen schlagen vor, im Dezernat 5 Planen, Bauen, Umwelt und Gesundheit zu bündeln. Stadtplanung, Bauen und Umwelt besitzen sehr ausgeprägte Beziehungen, außerdem sollten Umwelt und Gesundheit nicht getrennt werden. Zwar sind die GRÜNEN mit Bürgermeister Eidenmüller als Umwelt-

bürgermeister überhaupt nicht zufrieden, betrachten aber eine sinnvolle Strukturierung der Bürgermeister-Zuständigkeiten als vorrangig. Die Verbindung von Umweltamt und Gartenbau kann dabei - ganz im Sinne des Nachhaltigkeitsgedankens und der Agenda 21 - weitere Synergien schaffen. Dazu wollen die GRÜNEN den städtischen Forst und die Liegenschaften vom Dezernat 4 ins Dezernat 5 verlagern, um gezielt und übergreifend Naherholung und Natur zu verbinden, so die Fachsprecher der GRÜNEN.

Das Flächenmanagement sollte nach Meinung der GRÜNEN nicht unter einem Hut mit der Wirtschaftsförderung verwaltet werden, da letztere starken Eigeninteressen bei der Flächenplanung und -nutzung unterworfen sei.

Komplettiert werden soll das Dezernat 5 wegen der Nähe zum Umwelt- und Gesundheitsschutz durch den Brand- und Katastrophenschutz und den Schlachthof (Veterinäraufgaben).

Um eine Überfrachtung des Dezernats 5 zu verhindern, schlagen die GRÜNEN die Verschiebung des kompletten Kulturbereichs ins Dezernat 2 (derzeit Erster Bürgermeister König) vor. Die Kultur muss in jedem Fall als eigenständiger Bereich geführt werden, eine Platzierung neben Bürgerbeteiligung, Personal und städtischen Betrieben ist problemlos möglich.

Der Bereich Wohnen mit Wohnraumförderung und Wohngeldstelle ist für die GRÜNEN bei Finanz- und Wirtschaftsdezernat falsch angesiedelt. Es sollte wegen seiner Nähe zu sozialen Aufgaben dem Dezernat 3 zugeordnet werden.

Kritisch betrachten die GRÜNEN neben der vorgeschlagenen Verteilung der Dezernats-Zuständigkeiten auch Planungen zu Umstrukturierungen auf

Ämterebene. „So ist für uns beispielsweise nicht nachvollziehbar, warum die Landschaftsplanung aus dem Gartenbauamt herausgelöst und in ein Stadtplanung- und Bauordnungsamt integriert werden soll. Statt dessen wollen wir, dass die Kompetenzen im „grünen Bereich“ gebündelt werden“, so Dr. Gisela Splett. Außerdem fordern die Grünen, dass die MitarbeiterInnen bei entsprechenden Entscheidungen eingebunden werden.



© ftd.de

<http://finatime.ivwbox.de>

Aus der Gemeinderatsfraktion

Pressemitteilung Nr.2 vom 6. Mai 2003

Karlsruher Stadtgebiet von Ost-West-Fernverkehrsverbindung durchschnitten - Zur Forderung des Karlsruher CDU-Bundestagsabgeordneten Wellenreuther bezüglich einer zweiten Rheinbrücke

Verwundert zeigt sich die Grüne Gemeinderatsfraktion Karlsruhe zu öffentlichen Äußerungen ihres Gemeinderatskollegen Wellenreuther am letzten Wochenende bzgl. der zweiten Rheinbrücke.

„Wenn Herr Wellenreuther behauptet, dass spätestens 2012 eine Sanierung der Rheinbrücke notwendig wäre und ohne zweite Rheinbrücke dann ein Verkehrskollaps unausweichlich wäre, hat er offensichtlich die Vorlagen zur letzten Gemeinderatssitzung nicht richtig gelesen“, führt die verkehrspolitische Sprecherin Dr. Gisela Splett aus.

Auf eine Anfrage der Grünen zur Sanierung der Rheinbrücke bei Karlsruhe hatte die Stadtverwaltung geantwortet, dass zwar davon auszugehen sei, dass grundlegende Instandsetzungsarbeiten an der Fahrbahnplatte in ca. 10 Jahren erforderlich seien, der genaue Umfang der Arbeiten aber noch nicht

feststehe und deshalb auch noch keine abschließenden Aussagen zu Dauer und Ausmaß der notwendigen Sperrungen möglich seien. Möglicherweise reiche eine halbseitige Sperrung aus; dann könne der Verkehr auf der verbleibenden Seite mit je 2 Fahrspuren pro Richtung abgewickelt werden.

Offen ist auch noch, ob - für die Dauer der Bauarbeiten - ein Provisorium zwischen Bahn- und Straßenbrücke errichtet werden kann; und ein Ingenieurbüro prüft gerade die verkehrlichen Auswirkungen, die eine halbseitige oder volle Sperrung der Rheinbrücke hätte.

„Vor diesem Hintergrund steht die Aktion der CDU-Bundestagsabgeordneten auf argumentativ sehr wackligem Boden. Statt um die Abwendung eines angeblich zu erwartenden Verkehrskollapses geht es der CDU offensichtlich darum, Befürchtungen zu wecken und damit den politischen Druck für die zweite Rheinbrücke und die damit verknüpften Verkehrsprojekte zu erhöhen. Dabei scheint Herr Wellenreuther zu übersehen, dass die 2. Rheinbrücke mit Nordtangente eben nicht dem Wirtschaftswachstum in der Region dienen wird, sondern dazu führen wird, dass eine Ost-West-Fernverkehrsverbindung das Karlsruher Stadtgebiet durchschneidet. Die damit verbundenen Mehrbelastungen für Karlsruhe liegen nicht im Interesse der Stadt - und das sollte ein Bundestagsabgeordneter doch im Blick haben“, schließt Gisela Splett ihre Stellungnahme ab.

Aus der Gemeinderatsfraktion

Pressemitteilung vom 8. Mai 2003

GRÜNE zu den Auswirkungen der Preiserhöhungen des Karlsruher Verkehrsverbundes

Mit Citykarte Plus wird das Straßenbahnfahren für Familien 25 Prozent teurer

„Die sozialen Auswirkungen sind fatal“, beurteilen die GRÜNEN im Karlsruher Gemeinderat die anstehenden Preiserhöhungen beim Karlsruher Verkehrsverbund (KVV). Sie sehen sich durch Proteste aus der Bevölkerung in ihrer ablehnenden Haltung im Aufsichtsrat des KVV bestätigt - die GRÜNEN hatten dort gegen die Erhöhung gestimmt.

„Diese neuerliche Preiserhöhung ist schlicht familienfeindlich“, urteilt der ÖPNV-Sprecher der Grünen, Stadtrat Harry Block. „Alleinerziehende mit Kindern und Familien fahren nun 23 bis 25 Prozent teurer als bisher. Gruppen von 3 bis 5 Erwachsenen ohne Kinder fahren bis zu 58 Prozent billiger. Diese Fahrpreiserhöhung trifft BürgerInnen, die sowieso schon weniger Geld zur Verfügung haben als andere Bevölkerungsgruppen. Die Citykarte Plus ist eine Fehlkonzeption, die so schnell wie möglich korrigiert werden sollte.“ Unser Vorschlag für Karlsruhe (2 Zonen): 2 Erwachsene und Kinder kosten 4,50 €.

Die GRÜNEN haben die faktischen Erhöhungen detailliert nachgerechnet. Innerhalb der Zonen 2 und 3 liegen die Erhöhungen bei einer gemischten Gruppe aus Erwachsenen und Kindern ab 3 Personen immer bei 25 Prozent.

„Wir sehen diese Erhöhungen natürlich vor dem Hintergrund einer ganzen Welle, die auf Familien und Alleinerziehende mit Kindern zukommen wird“, erläutert Harry Block die Kritik der GRÜNEN. „Im Doppelhaushalt wurden bereits die Entgelte für Kindergärten und die verlässliche Grundschule erhöht. Strom, Gas und Wasser wurden dieses Jahr schon teurer. Der Eintritt in den Zoo wurde erhöht.

Die beschlossenen Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen und weitere tiefe Einschnitte bei der Förderung der Sportvereine werden sich ebenfalls vornehmlich auf Familien mit Kindern auswirken. Die CDU hat gerade öffentlich bekräftigt, dass sie bei leeren Kassen unverdrossen weiter auf das Pleiteprojekt Baden Airpark, auf die Europäische Kulturhauptstadt und die Nordtangente setzt - Millionenprojekte, für die, wie wir jetzt schon sehen, die BürgerInnen die Zeche zahlen werden. Im Wahlkampf nächstes Jahr wird dies sicher eine bedeutende Rolle spielen“, so Harry Block abschließend.

Von der Baden-Württembergischen „Grünen Jugend“

Pressemitteilung 08/03 vom 21. Mai 2003

Grüne Jugend für zügige Reformen

Mit Blick auf die Agenda 2010 fordert die Grüne Jugend Baden-Württemberg eine zügige Umsetzung der Reformen, auch wenn sie erst mittel- oder langfristig Wirkung zeigen werden.

Für den Landesvorstand der Grünen Jugend ist die Agenda 2010 ein erster Schritt in die richtige Richtung. „Daher unterstützen wir die Bundesregierung in ihren Plänen und hoffen, dass sie diese so schnell wie möglich umsetzen“, so die Landesvorsitzende Stefanie Hähnlein. Die Jugendorganisation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht jedoch nicht nur Positives in dem aktuellen Konzept. „Wichtig ist jedoch, dass jetzt so schnell wie möglich etwas getan wird. Nachbesserungen sollen dann in weiteren Reformschritten folgen“, erklärt der Landesvorsitzende Sebastian Engelmann die Haltung des grünen Nachwuchses.

Sollte das jetzige Konzept noch einmal auseinander genommen und geändert werden, befürchtet die Jugendorganisation eine zu lange Verzögerung der Reformen. Nach ihrem Willen sollen die Reformen noch vor der Sommerpause verabschiedet und bestehende Unausgewogenheiten dann in weiteren Reformschritten so schnell wie möglich nachgebessert werden. „Wir wollen das Reformtempo nicht verlangsamen. Uns ist es sehr wichtig, dass die Regierung ihren Reformwillen zeigt“, ergänzt Stefanie Hähnlein. Die Grüne Jugend Baden-Württemberg ist sich einig, dass die jetzt vorgesehenen Reformschritte besser sind als ein „weiter so“ und gibt daher „grünes Licht“.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Stefanie Hähnlein · Tel.: 01 79/9 201 970
(Landesvorsitzende, Tübingen)

Sebastian Engelmann · Tel.: 01 71/51 84 12 9
(Landesvorsitzender, Marbach)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Grüne Jugend Baden-Württemberg

Landesgeschäftsstelle

Forststraße 93 · 70176 Stuttgart

Fon: 07 11/9 93 59-75

Fax: 07 11/9 93 59-99

Internet: <http://www.gruenejugend.de>

Mail: mail@gruenejugend.de

Die Geschäftsstelle ist nur freitags besetzt!

BDK-Antrag Agenda 2010

Grundsätzlicher Reformbedarf

Die Notwendigkeit einer Reform unseres Sozialsystems wird erkannt und eine Umsetzung unterstützt.

Ursache der Dringlichkeit sind die systematischen Veränderungen der Arbeitswelt (Struktur, Wirtschaftswachstum, Finanzierung und Teilnahme) in den letzten und nächsten 20 Jahren.

Mehr Arbeitsplätze sind Basis einer Verbesserung der augenblicklichen Situation und können en masse nur in Wirtschaftsunternehmen geschaffen werden; diese benötigen für ihre Personalplanung entsprechende wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten wie die Senkung der Lohnnebenkosten, aber auch Transparenz, Zuverlässigkeit und Vertrauen in die Umgestaltung der staatlichen Randbedingungen.

Da die Vermeidung von ‚working poor‘ Konsens der beteiligten Parteien ist, kann eine schnelle Verbesserung am Arbeitsmarkt nur auf Grund psychologischer Effekte erhofft werden. Solchen kurzfristigen wie -lebigen Erfolgen ist bei allem Verständnis des öffentlichen Drucks eine in Richtung und Struktur langfristig angelegte und schrittweise umgesetzte Reform vorzuziehen.

Grundlage derart weitreichender Veränderungen müssen ein möglichst breiter gesellschaftlicher Konsens und ein detailliertes Abwägen aller Möglichkeiten sein.

Auch B'90/DIE GRÜNEN sollten sich der Aufgabe stellen, ihr Bild der zukünftigen Arbeitsgesellschaft zu diskutieren und zu vertiefen - um in sozialer Verantwortung und Gerechtigkeit, motivierend und bürgernah, mit einer modernen Verwaltung und flexiblen Instrumenten und nicht zuletzt neuen Arbeitsplätzen durch die ökologische Wende ihren Reformbeitrag zu leisten.

Wie keine andere Partei hat B'90/DIE GRÜNEN erkannt, dass unsere Gesellschaft die angestauten Probleme nur lösen kann, wenn die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung als eine Einheit begriffen und aktiv öffentlich gestaltet wird. Diesen Weg wollen wir fortführen.

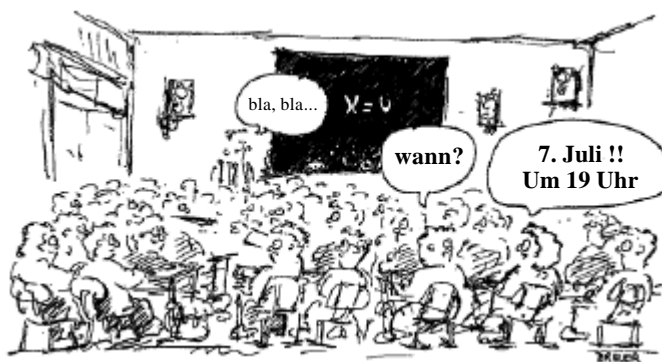
B'90/DIE GRÜNEN setzen sich aus diesen Gründen für eine Umsetzung der Agenda 2010 unter folgenden Prämissen ein:

1. Wirtschaftspolitische Maßnahmen

- Entwicklung einer ressourcen- statt arbeitsbezogenen Kostenbelastung
- Arbeitsplatzintensives Wachstum im Umweltsektor
- gesetzliche Einschränkung von Überstunden
- Beibehaltung des Kündigungsschutzes, vor allem der Sozialauswahl
- Einführung einer Ausbildungsplatz-Ausgleichsabgabe für Betriebe
- Verbesserung des öffentlichen Betreuungsangebot für Kinder erwerbstätiger Eltern

„Zukunft der Schule“

am Montag,
7. Juli 2003 ab 19 Uhr
 im Großen Saal des DGB,
 Ettlingerstr. 3a.



zur Diskussion:

- Bildungswesen in Schweden mit Ursula Armbruster, Skolverket, Stockholm
- Positionen des Handwerks-Konsequenzen aus PISA mit N.N. Handwerkstag Ba-Wü

Einführung und Moderation:

Renate Rastätter, MdL • Bildungspolitische Sprecherin Fraktion GRÜNE im Landtag

1. MAI - UNSER INFO-STAND IM STADTGARTEN



- soziale Arbeitsplätze für Problemgruppen des Arbeitsmarktes
- Steuerentlastung für untere und mittlere Einkommen
- sinnvolle Investitionen bei Bildung und Forschung und durch entsprechende Ausstattung der Kommunen, finanziert durch Subventionsabbau

2. Verteilung und Finanzierung

- Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung und Einbeziehung aller Einkommensarten
- steuerliche Gleichbehandlung von Kapitaleinkommen (inkl. Spekulationsgewinnen) und Arbeitseinkommen, Reaktivierung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschaftssteuer, Einführung einer Börsenumsatzsteuer
- Einschränkung der Ausnahmen und Umgehungspraktiken bei der Körperschaftssteuer
- Ausbau der Ökosteuer
- mittelfristiger Abbau des Staatsdefizits durch o.g. Einnahmen

3. Gestaltung des Sozialstaates

- Entlastung des Sozialsystems von sachfremden Aufgaben
- Effektivierung der Verwaltungen
- Dezentrale Verwaltungs- und Betreuungsangebote
- Arbeitslosengeld II über Sozialhilfeniveau
- Erhöhung des Renteneintrittsalters und Verringerung der Arbeitslosengeldbezugdauer nur bei adäquaten Arbeitsplatzangeboten
- Stärkung von Kostentransparenz und -bewusstsein
- Fortführung der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung

4. Gesamtgesellschaftliche Diskussion

BEGRÜNDUNG

I Wirtschaftspolitik für den Arbeitsmarkt

I.1 Ökologisierung der Wirtschaft - Arbeit entlasten

Der aktive **Umwelt- und Klimaschutz** durch die notwendige Ökologisierung unserer Wirtschaft ist noch nicht in ausreichendem Maß erfolgt, weil die Kosten für den Produktionsfaktor Arbeit nach wie vor erheblich höher sind als die Kosten für den Einsatz von Rohstoffen und Energie. Rationalisierungsmaßnahmen erfolgen daher weiter primär bei der Arbeit anstatt bei den natürlichen Ressourcen, deren hoher Verbrauch nicht nur die Chancen der zukünftigen Generationen schmälern, sondern die Ursache für die Klimaveränderung und andere Umweltschäden ist. Mit der Ökosteuer wurde ein sinnvoller Anfang gemacht, weitere Maßnahmen müssen hinzukommen.

Zudem müssen die zukunftsträchtigen wie arbeitsplatzintensiven Bereiche der Umweltwirtschaft (z.B. Energie, Bauen, Reparatur, Landwirtschaft) weiter gefördert werden.

I.2 Flexibilisierung der Arbeitswelt

Kündigungsschutz

Im Bereich älterer Arbeitsloser wurden mit den uneingeschränkten Befristungsmöglichkeiten, der teilweisen Freistellung des Arbeitgebers von der Sozialversicherung und der Einkommensdifferenzübernahme durch das Arbeitsamt in dieser Beziehung ausreichende Maßnahmen getroffen.

Die Lockerung des Kündigungsschutzes schafft keine Arbeitsplätze, vor allem wird die Aufhebung des Sozialauswahl zu einem weiteren Aussortieren von weniger Leistungsstarken und deutlich mehr Druck auf die Beschäftigten führen.

Sinnvoller ist eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit, Erleichterung von Teilzeit und die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten zur Herabsetzung von Überstunden.



...UND DANN...WERDEN WIR DIE WELTHERRSCHAFT AN UNS REIßEN!

Liebe FreundInnen der Region,

es ist gelungen, die Landesvorstands-BewerberInnen für ein „Vorstellungsgespräch“ zu gewinnen.

Sylvia Kotting-Uhl • Jutta Parpat • Andreas Braun • Uli Sckerl

werden sich mit Freuden den Mitgliedern unserer vier Kreisverbände vorstellen.

Das Treffen wird am

17. Juni 2003 um 20 Uhr im „Kleinen Ketterer“

Adlerstr. 44 • beim Lidellplatz in Karlsruhe stattfinden.

*Wir freuen uns auf euer zahlreiches
Erscheinen.*

Überstundenabbau

Die freiwillige Arbeitszeit-Verkürzung haben wir gefördert, erkennen aber, dass die Fortschritte hier zu langsam sind. Beim freiwilligen Abbau der Überstunden sind keine Erfolge sichtbar. Die schwierige Arbeitsmarktlage und die vorhandene Belastung der ArbeitnehmerInnen erfordern jetzt endlich ein rasches gesetzliches Handeln.

1.3 Ausbildung und Qualifikation

Die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft wird Westeuropa weiter viele Arbeitsplätze einfacher und mittlerer Qualifikation kosten. Erfolgversprechende Mittel zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland sind gute berufliche Qualifikation und ständige Weiterbildung, besonders in den Phasen von Erwerbslosigkeit. Die Erhöhung des Ausbildungsplatzangebotes ist ein passendes Mittel, daneben dürfen die Weiterbildungsangebote des Arbeitsamtes im Volumen nicht verringert werden.

Das Ausbildungsdefizit der Wirtschaft macht die Einführung einer Ausbildungsplatz-Ausgleichsabgabe für Betriebe notwendig.

1.5 Beschäftigungsquote erhöhen

Eine Grundlage volkswirtschaftlichen Erfolgs ist die Erhöhung der Beschäftigungsquote. Folgen sind eine bessere Nutzung der Qualifikationsreserven vor allem bei Frauen, steigende Flexibilität im Berufs- wie im Familienleben und eine höhere Geschlechtergerechtigkeit.

Eine stärkere Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben ist aber nur durch bessere öffentliche **Betreuungsangebote für Kinder** erreichbar.

1.6 Zweiter Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung leistungsgeminderter Arbeitskräfte ist wirtschaftlich günstiger und gesellschaftlich

verantwortungsvoller als ihre Alimentierung. Dazu ist ein subventionierter öffentlicher Beschäftigungssektor notwendig. Aufgaben sind bei den Kommunen im sozialen wie im Umweltbereich ausreichend vorhanden.

1.7 Erhöhung der Nachfrage

Eine der wichtigsten Ursachen der aktuellen Wirtschaftskrise ist die schwache Inlandsnachfrage. Nachfrage wird jedoch nur dann durch Steuerentlastungen angeregt, wenn sie in erster Linie den unteren und mittleren Einkommen und den Familien zugute kommt. Deshalb fordern wir eine Rücknahme der Pläne zur weiteren Absenkung der Spitzensteuersätze.

1.8 Sinnvolle Investitionen

Investitionen in die Zukunft z.B. bei Entwicklung und Forschung sind auszuweiten. Zur Finanzierung fordern wir einen Abbau von Subventionen und Änderungen bei der geplanten 2. und 3. Stufe der Steuerreform. Zur Realisierung einer sinnvollen Investitionspolitik ge-

www.breuer-cartoon.de

Also richtig reich bin ich
bisher durch's Aktienzeichnen
nicht geworden.



hört auch eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen.

II Verteilungsgerechtigkeit und Finanzierungsgrundlage

Die derzeitigen Vorschläge gehen überwiegend zu Lasten des einkommens- und besitzschwachen Anteils, besonders der Arbeitslosen. Eine Belastung Schwächerer darf erst nach Ausschöpfen aller Möglichkeiten folgen. Die Beteiligung aller Menschen und Einkommen muss vorrangig sein. Einkünfte aus Erwerbstätigkeit sollen Grundlage der privaten gesellschaftlichen Versorgung bilden, deshalb muss die fiskalische und sozialversicherungstechnische Besserstellung von Einkünften aus Vermögen, Spekulation und Erbschaften aufgehoben werden, Ausnahmen wie Betriebsfolgen sind zu berücksichtigen.

Freilich werden die Schwierigkeiten, z.B. globalisierendes Kapital einzufangen, erkannt. Die Bundesregierung vermittelt indes nicht den Eindruck, bei den genannten Punkten ihren Handlungsrahmen ausgeschöpft zu haben.

Im Auftrag unseres Ministerpräsidenten spüren wir arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger auf...



www.breuer-cartoon.de

II.1 Erhöhung der staatlichen Einnahmen

Die finanzielle Basis der Sozialkassen und öffentlichen Haushalte ist dadurch zu stärken, dass **alle** gesellschaftlichen Einkommen wieder angemessen zu Beiträgen heran gezogen werden.

Die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit ist stärker durchzusetzen. Die Ausnahmeregelungen für die Körperschaftssteuer sind einzuschränken. Hohe private Vermögen sind wieder in die soziale Pflicht einzubinden. Eine Börsenumsatzsteuer könnte die öffentlichen Finanzen stärken und gleichzeitig die Spekulation eindämmen.

Die zahlreichen Ausnahmen von der Sozialbeitragspflicht bei persönlichen Einkommen sind abzuschaffen. Die Pflichtgrenzen bei den Sozialversicherungen sind schrittweise anzuheben und auf längere Sicht ganz aufzuheben.

Damit der technische Fortschritt verstärkt zur Rationalisierung durch Rohstoff- und Energieeinsparungen genutzt wird, ist die **Ökosteuer** auf alle natürlichen Ressourcen auszudehnen und in vorher festgelegten Schritten kalkulierbar zu erhöhen. Die erzielten Einnahmen sind überwiegend zum Abbau der Steuer- und Abgabelast der unteren und mittleren Einkommen zu verwenden.

II.2 Neuverschuldung

Angesichts der sich abzeichnenden Überalterung unserer Gesellschaft und der drastischen Abnahme des auf dem Arbeitsmarkt aktiven Bevölkerungsanteils ist die aufgebaute Staatsverschuldung eine erdrückende Hypothek. Sie muss abgebaut werden, so lange die geburtenstarken Jahrgänge noch nicht im Rentenalter sind.

Defizit-finanzierte Konjunkturprogramme können nur eine Notlösung bis zum Greifen langfristig angelegter Maßnahmen sein.

In Betracht der ernstesten wirtschaftlichen Gesamtlage sind die starren Maastricht-Vereinbarungen an die Bedürfnisse wirtschaftlicher Gesamtsteuerung anzupassen.

III Gestaltung des Sozialstaates für Sozialen Frieden

Bei der Planung und Umsetzung aller einzelnen Maßnahmen darf deren Zusammenwirken nicht außer Acht gelassen werden. Wie wirken sich z.B. geringerer Kündigungsschutz, verringerte Arbeitslosengeldbezugsdauer, Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau und verlängerte Lebensarbeitszeit auf eine/n 52jährige/n Arbeitnehmer/in in einem in Umstrukturierung befindlichem Unternehmen aus?

Eine Reform unseres Arbeitsmarktsystems darf nicht zu einem dauerhaften Aussortieren von 2 bis 4 Millionen Arbeitslosen führen. Das Bemühen der Teilhabe aller muss gesellschaftlich verbindliches Ziel aller Reformen sein.

III.1 Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II - Grüne Grundsicherung?

Die Festsetzung des Arbeitslosengeldes II auf Sozialhilfeniveau wird eine beträchtliche Einkommensminderung der derzeitigen Arbeitslosenhilfeempfänger mit sich bringen. Dies bedeutet einen Einbruch im materiellen Bereich dieser Menschen, von dem auch viele Familien betroffen wären, was das Armutsrisiko Kind weiter erhöhen würde.

Volkswirtschaftlich betrachtet wird einem Teil der Bevölkerung Geld entzogen, der diesen komplett in den Konsum transferiert. Die ungünstigen Folgen einer sehr ausgeprägten Einkommens- und Besitzdifferenz auf die Entwicklung von Volkswirtschaften ist hinreichend bekannt und belegt.

III.2 Rentenversicherung

Altersrente mit 67 und verkürzte Arbeitslosengeldbezugsdauer

Richtig sind alle Maßnahmen, das Aussortieren Älterer aus dem Erwerbsleben zu beenden. In diesem Sinn ist eine Verlängerung des Endes der realen Erwerbstätigkeit von derzeit ca. 60 Jahren anzustreben. Ein späterer Renteneintritt ist aber nur bei entsprechenden Angeboten sinnvoll. In der augenblicklichen Situation wäre für die meisten Betroffenen lediglich eine weitere Reduzierung des Rentenanspruchs zu erwarten. Die Kürzung des Arbeitslosengeldanspruchs für Ältere von 32 auf 18 Monate trifft dieselbe Problematik. Ältere Erwerbslose haben auch bei größtem Engagement kaum eine Chance, ins Berufsleben zurückzukehren. Eine grundsätzliche Verkürzung der Arbeitslosengeldbezugsdauer würde ohne entsprechende Angebotssituation die Alters-eigenvorsorge der Betroffenen aufbrauchen und die Altersarmut erhöhen.

III.3 Krankenversicherung

Eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ist angesichts immer neuer Defizite eine der vordringlichen Reformaufgaben.

Das Zweiklassen-System der Krankenversicherung ist mit angemessenen Übergangsregeln wieder in eine solidarische Gesundheitsversorgung zurück zu führen. Eine breitere Beitragsbasis ermöglicht niedrigere Beitragssätze.

Das Krankengeld bei langer Arbeitsunfähigkeit (die ersten sechs Wochen zahlt der Arbeitgeber) bildet, obwohl es im finanziellen Volumen eine untergeordnete Rolle spielt, ein Kernstück unserer Krankenversicherung. Als Symbol eines solidarischen Umgangs gerade in schweren persönlichen Zeiten ist es kaum zu übertreffen.

Deshalb müssen andere Ansätze gesucht werden. Wesentliche Bausteine sollten dabei die Senkung der Verwaltungskosten der Krankenkassen, effizientere

Vorsorge, und die Reduzierung auf die Aufgaben des Gesundheitswesens sein.

Daneben müssen Wege gefunden werden, das gut entwickelte Kostenbewußtsein der Bevölkerung in Deutschland auch bei Produkten und Dienstleistungen im Gesundheitsbereich zu wecken. Dazu gehören vordringlich die Einführung einer Preis- und Leistungstransparenz.

Die Vorteile der Aufhebung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung auf den Arbeitsmarkt werden überschätzt. Die Einstellung von Mitarbeiter/innen erfolgt bei Wirtschaftsunternehmen aufgrund der Gewinnträchtigkeit jedes Arbeitsplatzes. Einige Promille Lohn spielen bestenfalls bei großen Einstellungs- oder Kündigungsvorhaben von Großunternehmen eine Rolle.

IV Gesellschaftliche Diskussion: Der Weg ist das Ziel

Die Agenda 2010 muss **vor allem** ein Einstieg in einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs über einen neuen Sozialkonsens sein, der die Blockade durch Gruppen- und Partei-Interessen überwindet.

Die Wahlprogramme von Grünen und SPD sprechen eine andere Sprache, setzen andere Ziele als die derzeitige Politik der Bundesregierung. Freilich können Umstände eintreten, die auch maßgebliche Veränderungen fordern. Aber besonders dann bedarf es der Diskussion im breiten Rahmen und auf allen Ebenen der Parteienbasis (die den Wahlkampf unter anderen Prämissen gestaltet hat und von der persönlich Worttreue eingefordert wird) und der ganzen Gesellschaft. Die Gesellschaft ist reformwillig, hat aber eigene und vielgestaltige Vorstellungen der Umsetzungen, die diskutiert, abgewogen und zumindest einem $\frac{3}{4}$ -Konsens zugeführt werden sollten. Daran werden sich Befürworter wie Gegner der Agenda 2010 messen lassen müssen.

Klaus Stapf · 15.Mai 2003

Den nächsten Krieg verhindern!

Karlsruher Veranstaltungsreihe

24. Juni 03, 19.30 Uhr, JUBEZ · „Recht statt Gewalt - Völkerrecht, UNO, neue Kriege“

Ullrich Hahn (Villingen), Rechtsanwalt / Versöhnungsbund-Vorsitzender

2. Juli 03, 19.30 Uhr, JUBEZ · „Der Irak-Krieg - ein Muster für künftige Kriege um Ressourcen?“

Andreas Zumach (Genf), Journalist / UNO-Korrespondent

9. Juli 03, 19.30 Uhr, DGB-Haus · „Europa - Militär- oder Zivilmacht? - Konsequenzen aus dem Irak-Krieg“

Tobias Pflüger (Tübingen), Informationsstelle Militarisierung

15. Juli 03, 19.30 Uhr, DGB-Haus · „Krisenprävention statt Präventivkriege“

Dr. Reinhard Voss (Bad Vilbel), Generalsekretär von Pax Christi

17. Juli 03, 19.30 Uhr, DGB-Haus · „Wie weiter mit der Friedensbewegung?“

Prof. Peter Strutynski (Kassel), Sprecher des bundesweiten Friedensratschlags

JUBEZ · Kronenplatz 1 · Karlsruhe

DGB-Haus · Ettlinger Str. 3 a · Karlsruhe



In Ettlingen geht man neue Wege

Die Zusammenarbeit begann im letzten Sommer. Nachdem wiederholte Vorstöße im Gemeinderat, den Tag der deutschen Einheit einheitlich zugestalten, an der absoluten Mehrheit der CDU gescheitert waren, die diesen Tag lieber absolut alleine - unter dem Deckmantel „Stadt Ettlingen“ begehen wollte, traf sich ab Juni 2002 ein Aktionsbündnis von GRÜNEN, SPD und FDP, um eine gemeinsame Veranstaltung vorzubereiten und diese auch durchzuführen. Am 2. Oktober feierte man dann gemeinsam bei ostdeutschem Kabarett und Musik in der Kulisse in Ettlingen.

Aus dieser gelungenen Zusammenarbeit entstand dann die Idee, einen gemeinsamen Oberbürgermeisterkandidaten/In zu finden und dem mit absoluter CDU-Mehrheit im Rücken regierenden Josef Offele entgegenzustellen.

Mit Gabriela Büsselmaier, Kreisvorsitzenden der Mannheimer FDP, wurde diese dann nach langer Suche - auch vergeblicher Suche - gefunden.

Über sie kann man unter www.ettlingen-gewinnt.de weitere Informationen finden.

Wichtig ist das breite Parteienbündnis und die Zustimmung der einzelnen Parteien, die in getrennten Sitzungen von den Mitgliedern getroffen wurde. Der Stadtverband der Ettlinger GRÜNEN hat mit 8:1 Stimmen der Kandidatur zugestimmt.

Jetzt muss Frau Büsselmaier nur noch gewinnen.
Und mit ihr dann hoffentlich auch die Stadt.

Jörg Rupp – Kreisvorsitzender KV Ettlingen

Aus der Gemeinderatsfraktion

Antrag vom 8. Mai 2003

Antrag

der Stadträtin Christa Caspari und des Stadtrats Klaus Stapf sowie der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion zur Behandlung in der nächsten öffentlichen Gemeinderatssitzung

Stadtmarketing

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Interessierte Karlsruher Stadträtinnen und Stadträte konnten sich am 26. April 2003 via BNN über die Aktivitäten der Karlsruher Stadtmarketing-GmbH informieren. Von der Verwaltung und der CDU-FDP-Mehrheit finanziell großzügig bedacht, legt sich der neue Stadtmarketing-Chef Wolfram Kratzat nun ins Zeug. Ein Leitbild wird beschlossen, Schwerpunkte gelegt, Vorgehensweisen geplant.

Die Gemeinderatsfraktion der GRÜNEN freut sich über das Engagement Herr Kratzats. Allerdings hat der Gemeinderat bei der Gründung der Stadtmarketing-GmbH auch eine begleitende Kommission beschlossen. Dass für diese laut Jahresplanung keine Sitzungen vorgesehen waren, haben wir als eine - im Rahmen einer notwendigen Einarbeitung des

neuen Geschäftsführers verständliche- Vorläufigkeit gewertet.

Nachdem der neue Geschäftsführer - vermutlich gemeinsam mit dem zuständigen Bürgermeister Groh - nun in die Planungsphase eingetreten ist, halten wir eine Einbeziehung des Gemeinderats für unerlässlich.

Der Inhalt der Außendarstellung der Stadt Karlsruhe - der auch die künftige Entwicklung beeinflussen wird - darf nicht ohne Einbeziehung des einzig politisch legitimierten Gremiums definiert werden.

Die Gemeinderatsfraktion der GRÜNEN stellt daher folgenden Antrag:

1. Das Stadtmarketing stellt seine Ideen und Planungen schriftlich für alle Mitglieder des Karlsruher Gemeinderats zusammen.
2. Die Kommission der Stadtmarketing-GmbH diskutiert diesen Entwurf. Dazu finden rechtzeitig geplante Sitzungen statt.
3. Das Leitbild der Stadt Karlsruhe und die Struktur der Umsetzungsmaßnahmen werden vom Gemeinderat der Stadt Karlsruhe beschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

Christa Caspari · Klaus Stapf

Aus der Gemeinderatsfraktion

Antrag vom 14. Mai 2003

Der Stadträtinnen Christa Caspari und Dr. Gisela Splitt sowie der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion zur Behandlung in der nächsten öffentlichen Gemeinderatssitzung.

Kulturhauptstadt 2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Fenrich,

In Anbetracht der Tatsachen, dass

- die Landesregierung sich in ihrer Koalitionsvereinbarung zwar explizit zu einer gemeinsamen Bewerbung von Karlsruhe und Straßburg als Kulturhauptstadt geäußert und hierfür Unterstützung signalisiert hat,
- die Koalitionsvereinbarung zu einer Bewerbung Karlsruhes allein aber keine Aussagen trifft,
- mit Straßburg bezüglich einer Kooperation zwar seit längerem verhandelt wird, ein Ergebnis aber noch aussteht,
- eine „gemeinsame Bewerbung“ formal auch deswegen kaum möglich sein wird, weil im Jahr 2010 das Vorschlagsrecht bei Deutschland liegt,
- unklar ist, inwieweit Karlsruhe im Jahr 2010 tatsächlich für ein breites und internationales Publikum präsentabel sein wird (dies ist v.a. in Anbetracht der bisherigen Zeitplanung für die so genannten Kombilösung zu hinterfragen),
- bisher weder dem Kulturausschuss noch der Öffentlichkeitsarbeit ein Konzept für die Kulturhauptstadt-Bewerbung vorgestellt wurde und auch mit der Kulturszene noch kein breit angelegter Dialog stattgefunden hat,
- die Frage der Finanzierbarkeit der Kulturhauptstadt 2010 ungeklärt ist (die Klärung dieser Frage erscheint insbesondere in Anbetracht der Entscheidung zu BUGA 2015 von entscheidender Bedeutung),

stellt die GRÜNE Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag :

1) Information des Kulturausschusses

a) Der Kulturausschuss erhält baldmöglichst die Gelegenheit, sich aus erster Hand über den Planungsstand und die Position der Stadt Straßburg im Hinblick auf eine „gemeinsame Bewerbung“ bzw. die Unterstützung einer Bewerbung Karlsruhes durch Straßburg zu informieren; geeignet wäre diesbezüglich z.B. eine gemeinsame Sitzung des Kulturausschusses mit dem entsprechenden Gremium der Stadt Straßburg.

b) Es wird geprüft, inwieweit dem Kulturausschuss ein direkter Informationsaustausch mit Verantwortlichen der jetzigen Kulturhauptstadt Graz und/oder früherer

Kulturhauptstädte ermöglicht werden kann (vgl. Veranstaltung der Grünen Gemeinderatsfraktion Stuttgart im April mit dem Intendanten der Grazer Kulturhauptstadt).

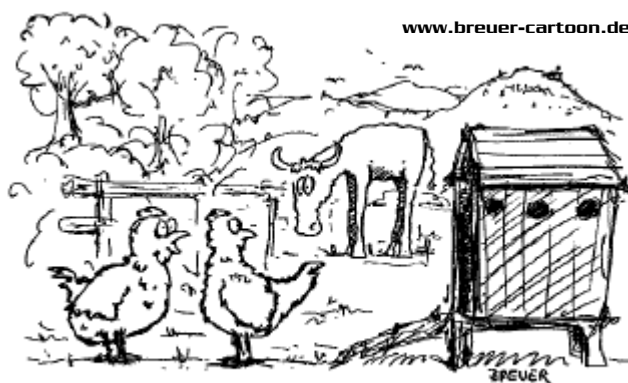
2) Konzeptionelle Arbeit

Bestehende erste Überlegungen zum Projekt „Kulturhauptstadt 2010“ werden weiterentwickelt; neben der konzeptionellen Ausrichtung ist hierbei insbesondere die Verträglichkeit sonstiger Planungen (v.a. „Kombilösung“) mit der Kulturhauptstadt 2010 zu untersuchen und ein erstes Finanzierungskonzept aufzustellen (insbesondere Abklärung bzgl. Aussichten auf Landes- und Bundeszuschüsse); entsprechende Unterlagen und ein Zeitplan für die weiteren Planungsarbeiten werden dem Kulturausschuss/Gemeinderat möglichst noch vor der Sommerpause in schriftlicher Form vorgelegt.

3) Erste Schritte der Öffentlichkeitsarbeit

a) Noch vor der Sommerpause wird eine umfassende Information der Bevölkerung über die Ziele und Kernpunkte der geplanten Kulturhauptstadt-Bewerbung eingeleitet und gleichzeitig ein breiter Dialog mit der Karlsruher Kulturszene aufgenommen.

b) Informationen zur geplanten Bewerbung Karlsruhes als Kulturhauptstadt 2010 werden innerhalb der nächsten Wochen ins Internet eingestellt (vgl. Internet-Präsentationen der Städte Bremen, Augsburg, Görlitz/Zgorzelec, Dessau-Wittenberg, zur Kulturhauptstadt 2010).



Im letzten Jahr war er noch als Bulle an der Börse beim Neuen Markt angestellt...

Begründung:

Von den noch vor wenigen Monaten diskutierten drei „Großveranstaltungen“ BUGA 2015, Olympia 2012 und Kulturhauptstadt 2010 steht nun nur noch die letztgenannte zur Debatte. Gleichzeitig fällt - v.a. im Vergleich zur BUGA-Vorbereitung - auf, dass zu dem Projekt „Kulturhauptstadt“ bisher nur wenige Informationen ihren Weg in gemeinderätliche Gremien und in die Öffentlichkeit gefunden haben.

Zudem scheinen wesentliche Fragen (z.B. zur Finanzierung sowie zu möglichen Konflikten mit anderen Planungen der Stadt Karlsruhe) noch gänzlich ungeklärt zu sein.

Die Zeitschiene für die Bewerbung (eine Gemeinderatsentscheidung ist für Dezember dieses Jahres geplant; im 1. Quartal 2004 sind die Bewerbungsunterlagen der Landesregierung vorzulegen) macht eine öffentliche Debatte in diesem Jahr notwendig, in deren Rahmen auch die genannten Fragen geklärt werden müssen.

Neben der Information der Bevölkerung im Allgemeinen ist dabei insbesondere der Dialog mit der Kulturszene (in ihrer ganzen Breite!) zu suchen, da nur mit deren Unterstützung die Bewerbung auf eine verlässliche Grundlage gestellt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Christa Caspari - Dr. Gisela Splett

Aus der Gemeinderatsfraktion

Änderungsantrag vom 14. Mai 2003

Änderungsantrag der Stadträtin Christa Caspari und des Stadtrats Klaus Stapf sowie der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion zur Behandlung in der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 20. Mai

„Erhöhung der Bäderpreise in den städtischen Hallen- und Freibädern und Einführung einer Familienkarte und einer Saisonkarte“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, **wir stellen folgenden Änderungsantrag:**

1. Ermäßigte - 1er Karte Der Betrag für die 1er Karte für Ermäßigte wird beibehalten (1,70 €).

Begründung: Von dieser Erhöhung auf 2 € würden v.a. Kinder und Jugendliche betroffen. Gerade diese Gruppe, die erfahrungsgemäß besonders die Freibäder oft nutzen, sollten über einen preisgünstigen Tarif als Kundschaft gehalten, bzw. gewonnen werden.

2. Ermäßigte - Schwerbehindertengrad

Der Schwerbehindertengrad, der zu einem ermäßigten Eintritt in die Bäder berechtigt, wird bei 50 Prozent belassen.

Begründung: Das Handicap der Menschen mit einem Schwerbehindertengrad von über 50 Prozent ist erheblich, auch wenn viele derer die zwischen 50 und 80 Prozent liegen, eine relativ hohe Erwerbsquote aufweisen. Gerade im Jahr der Behinderten wird mit der von der Stadt vorgeschlagenen Regelung ein falsches Signal gesetzt.

3. Monatskarte Die Monatskarte wird für Behinderte beibehalten.

Begründung: Die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen ist vielfältig und erheblich. Darauf wird derzeit aus Anlass des Jahres der Behinderten immer wieder hingewiesen. Gefordert werden Gleichstellung und Teilhabe für Behinderte. Die beabsichtigte Abschaffung der ermäßigten Monatskarte für Behinderte läuft dieser Intention zuwider.

4. Feierabendkarte Die Feierabendkarte wird beibehalten.

Die Feierabendkarte stellt für Berufstätige einen auch gesundheitspolitisch zu begrüßenden Anreiz dar, sich nach Beendigung der Arbeit gesunde Bewegung zu verschaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Christa Caspari - Klaus Stapf

2. Mai 2003

Beitrag von Renate Rastätter, MdL Fraktion Grüne, Bildungspolitische Sprecherin für die Zeitschrift des Philologenverbandes

Die Ankündigung von Ministerpräsident Teufel, die Unterrichtsverpflichtung für Lehrerinnen und Lehrer an den Gymnasien und Beruflichen Schulen von derzeit 24 Unterrichtsstunden auf 25 Unterrichtsstunden heraufzusetzen, hat in den Kollegien große Empörung ausgelöst. Mit der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung räumt die Landesregierung entweder ein, dass die von ihr beschlossenen zusätzlichen 5500 Lehrerstellen nicht ausreichen, den Bedarf an Lehrkräften in dieser Legislaturperiode zu decken, oder sie beabsichtigt, die Zahl der zusätzlichen Stellen um etwa 1500 Stellen zu kürzen. In beiden Fällen wird einseitig den Lehrkräften an Gymnasien und Beruflichen Schulen die Belastung aufgebürdet.

Nur wenige Wochen nach Abschaffung der Altersermäßigung für Lehrkräfte zwischen 55 und 59 Jahren dreht die Landesregierung damit wieder an der „Deputatsschraube“ und wieder können die Kollegien wie auch ihre Verbandsvertreter nur zur Kenntnis nehmen, was ihnen von oben deklariert wird. Ein Dialog, etwa über ein Bündnis, in einer zugegeben schwierigen Haushaltssituation, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer, findet nicht statt, wird gar nicht gesucht.

Es ist unbestritten: in den vergangenen Jahren haben die Anforderungen, die an die Lehrerinnen und Lehrer gestellt wurden, ständig zugenommen. Dies betrifft nicht nur den Unterricht in größer gewordenen Klassen, sondern vor allem auch die wachsenden Aufgaben und Tätigkeiten, die über den Unterricht hinausgehen.

Gleichzeitig hat es keine einzige Maßnahme gegeben, durch die Lehrerinnen und Lehrer spürbar entlastet worden wären. Im Gegenteil: anstehende

und bereits beschlossene Reformvorhaben werden die Lehrerinnen und Lehrer vor große Herausforderungen stellen. Ich nenne nur: Die Einführung der neuen Oberstufe, das achtjährige Gymnasium, die Vorbereitung auf die neuen Bildungspläne, die Erstellung von schuleigenen Lehrplänen und die schulinterne Evaluation können nur erfolgreich bewältigt werden, wenn ein angemessenes Zeitvolumen dafür zur Verfügung steht.

Es ist ebenso nicht abzustreiten, dass der Landeshaushalt konsolidiert werden muss, dass also insgesamt eingespart werden muss und zusätzliche Mittel für Bildung - so notwendig sie sind - nur schwer durch Umschichtungen und Abstriche in anderen Bereichen zu gewinnen sind. Deshalb hält die Grüne Fraktion als Ergänzung zu den Anträgen mit zusätzlichen Mitteln für die Bildung (immerhin in der Höhe von rund 30 Millionen Euro) auch Möglichkeiten der Effizienzsteigerung im Schulwesen für legitim, und hat angesichts des gravierenden Haushaltsdefizits vorgeschlagen etwa kleinere Hauptschulen zu integrativen Sekundarschulen zusammen zu legen und endlich die nötige Strukturreform der Schulverwaltung mit dem Ziel der Einsparung von Mitteln anzugehen. Wir haben jetzt im Landtag beantragt, die Deputatserhöhung auszusetzen und gleichzeitig neue Arbeitszeitmodelle für Lehrkräfte zu erproben.

Neue Arbeitszeitmodelle müssen alle Aufgaben der Lehrkräfte definieren und in ein angemessenes zeitliches Verhältnis zueinander setzen. Dabei sind auch Präsenzzeiten an der Schule für die erforderliche Zusammenarbeit der Lehrerinnen und Lehrer vorzusehen. Die Anforderungen können nicht mehr im traditionellen Einzelkämpfertum gelöst werden, sondern bedürfen intensiver Kooperation und Teamarbeit. Von daher bietet es sich an, die Lehrerarbeitszeit endlich den veränderten Anforderungen des Lehrerberufs anzupassen und gerecht auszugestalten. In neuen Arbeitszeitmodellen sehe ich eine Entlastung von Lehrerinnen und Lehrern wie auch das Mobilisieren von Effizienzreserven zugleich.

Es gibt inzwischen eine Bereitschaft von Seiten der Lehrerverbände, die veraltete Lehrerarbeitszeitberechnung zu überwinden zugunsten neuer transparenter Modelle auf der Basis der Jahres- und Wochenarbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern. Statt auf alle Verbände zuzugehen, hat die Landesregierung die Altersermäßigung für Lehrkräfte zwischen 55 und 59 Jahren abgeschafft und die Unterrichtsverpflichtung um eine Stunde erhöht.

Auch wenn ich die Verärgerung nachvollziehen kann, aus der nun „Dienst nach Vorschrift“ angekündigt wird, kann ich Äußerungen, die den Verzicht auf Klassenfahrten oder Schullandheimaufenthalte fordern, nicht gut heißen. Tragen doch gerade solche außerunterrichtlichen Veranstaltungen zur pädagogischen Qualität, zum positiven Gemeinschaftsleben an einer Schule und zum sozialen Lernen bei.

Freilich ist es Pflicht der Kultusministerin, die angekündigten Veränderungen an Schulen so einzuleiten und zu gestalten, dass die Lehrkräfte die Reformen sinnvoll umsetzen können.

Deshalb plädiere ich dafür, die flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums von 2004/05 auf das Schuljahr 2007/2008 zu verschieben. Ich weiß mich damit einig mit Philologenverband, GEW und Landeselternbeirat. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die Entwicklung der Lehrpläne, einschließlich ihrer Umsetzung in gute Unterrichtskonzepte bedarf der Sorgfalt. Weil das achtjährige Gymnasium faktisch eine Ganztageschule werden wird, sind Umbaumaßnahmen und Investitionen der Kommunen nötig. Ein weiteres wichtiges Argument ist für mich, dass im Schuljahr 2007/2008 der komplette erste Schülerjahrgang auf das Gymnasium kommt, der mit der Fremdsprache in der ersten Grundschulklasse begonnen hat. Mit der geplanten Einführung des G 8 in 2004/2005 müsste der Fremdsprachenunterricht innerhalb von drei Jahren zweimal neu konzipiert werden.

Dass Qualität Zeit braucht, wird auch bei der Entwicklung der Bildungsstandards deutlich. Die Maßgabe der Kultusministerin, bis Oktober 2004 in Baden-Württemberg Bildungsstandards einzuführen, hat dazu geführt, dass die bisherige Arbeit an Standards in Baden-Württemberg unprofessionell ist.

Das wurde aus den Statements der Experten bei unserer Anhörung im Landtag deutlich. Die bislang entwickelten Standards entsprechen nicht den notwendigen international üblichen Anforderungen und sie entsprechen nicht dem Stand der Fachdiskussion in Deutschland. Damit vergibt die Landesregierung eine Chance zur Verbesserung und Weiterentwicklung der Schulen, mehr noch - auch das ist einhellige Expertenmeinung - schlechte Standards führen zu einer Verschlechterung der Situation an Schulen.

Deshalb fordern wir: Damit Bildungsstandards tatsächlich zu einer Verbesserung der Schulen führen, müssen sie professionell entwickelt werden.

Dazu sind interdisziplinäre Kommissionen aus Wissenschaft und Praxis zu bilden mit Lehrpersonen, VertreterInnen der Fachwissenschaften, FachdidaktikerInnen, Testexperten und ElternvertreterInnen.

Die Standards müssen klar formuliert werden, so dass sich die Unterrichtspraxis daran orientieren kann und die Unterrichtsergebnisse auch getestet werden können. Bei der Erarbeitung der Bildungsstandards sind Kompetenzstufen fest zu legen.

Die Lehrerinnen und Lehrer sind bei dieser Entwicklung mit einzubeziehen, um so deren Akzeptanz zu sichern.

Die Weiterentwicklung der baden-württembergischen Schulen erfordert Zeit, Sorgfalt und eine am Dialog mit den Lehrerinnen und Lehrern orientierte Politik. An allem mangelt es der Landesregierung.

EU-ÖKONEWS

NR. 04/03 • APRIL 2003

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Im Schwerpunkt für diese Ausgabe berichten wir aus aktuellem Anlass über die skandalöse Entscheidung der EU-Kommission zur Chemikaliengesetzgebung, die aufzeigt, dass sich die Kommission dem Druck der Chemielobby gebeugt hat und die Gesetzgebung so sehr verzögert, dass das Parlament vor 2004 darüber nicht mehr entscheiden kann.

Im Parlament fand die erste Beratung zum Umgang mit menschlichen Zellen und Gewebe statt, wobei sich das EP z. B. gegen die Nutzung von Gewebe und Zellen von menschlichen Embryonen aussprach.

Auf der zweiten Seite erinnern wir noch einmal an die Grüne Konferenz zum Thema Verunreinigungen durch gentechnisch veränderte Organismen „GMO Pollution“ am 28. Mai in Brüssel, zu dem ein ausführliches Themenpapier im Büro in Brüssel abrufbar bereit liegt. Dort verweisen wir auch auf ein Seminar, das u. a. die Gentechnik mal aus einer ganz anderen Perspektive beleuchtet.

Die Berichte nehmen diesmal einen größeren Raum ein, wobei besonders bemerkenswert ist, dass die EuropäerInnen immer noch die Umwelt als wichtigstes Thema erachten, wie Eurobarometer ermittelt hat. Zwei Seiten haben wir mit sehr interessanten Hinweisen und über spannende Veröffentlichungen zusammengestellt.

Herzlichst Ihre *Hiltrud Breyer, MdEP*

SCHWERPUNKTE

- EU - Chemikalienpolitik auf dem Abstellgleis

KURZMELDUNGEN

- 25. Ergänzung zu Chemikalien – Verboten

BERICHTE

- Öltanker unter strengerer Regelung
- Umwelt an 1. Stelle: Eurobarometer

HINWEISE

TERMINE

Auf der Webseite „www.hiltrud-breyer.de“ sind aktuelle Pressemeldungen, Hintergrundpapiere und Nachrichten zu der Europäischen Umwelt-, Verbraucher- und Energiepolitik zu finden, sowie die FrauenNews und das neue VerbraucherInfo.

EU – Chemikalien-Gesetzgebung auf dem Abstellgleis

Die EU-Kommission hat am 7. Mai eine Verlängerung der Internet-Konsultation zur Chemikaliengesetzgebung „REACH“ (Registration, Evaluation, Authorisation and Restrictions of Chemicals) beschlossen. Dieses Einknicken der EU-Kommission vor der Chemieindustrie ist beschämend.

Die Verlängerung der Internetkonsultation um weitere drei Wochen (von geplanten fünf auf acht Wochen) bedeutet, dass erst im Herbst 2004, mit Beginn der nächsten Legislaturperiode, die Gesetzgebung beginnen kann. Dies bedeutet eine Verzögerung des gesamten Prozesses um mindestens 52 Wochen, da er zeitlich durch das Parlament in dieser Legislaturperiode nicht mehr abgeschlossen werden kann. Die Kommission hat diese Verlängerung gegen ihre ursprünglichen eigenen Pläne beschlossen, und auch gegen die des Ministerrates. Die Behauptung des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI), seine Mitglieder bräuchten mehr Zeit, ist fadenscheinig. Hatte der VCI doch in der Vergangenheit stets im Namen seiner Mitglieder Stellung bezogen und schon ein detailliertes Positionspapier veröffentlicht.

Auch inhaltlich ist die Kommission erheblich hinter den Anforderungen für den Verbraucherschutz und für den Umweltschutz zurückgefallen. Denn der ursprüngliche Vorschlag, Chemikalien mit einem erhöhtem Gesundheitsrisiko nur zu genehmigen, wenn keine gleichwertigen ungefährlichen Substanzen zur Verfügung stehen, wurde auf Grund der Lobbyarbeit der Industrie jetzt fallengelassen. Dieses Vorhaben der Kommission in Bezug auf die Substitution hochgefährlicher Stoffe ist skandalös: Das Vorhandensein von Alternativen reicht nicht aus, um eine Genehmigung dieser Substanzen zu verweigern! Dies widerspricht vollständig den Forderungen des Europäischen Parlamentes. Besonders gefährliche Substanzen sollten nur in Ausnahmefällen und unter Auflagen für ihre sichere Verwendung benutzt werden dürfen.

Hiltrud Breyer, MdEP

Unter den Linden 50
D-11017 Berlin

Tel. 030/227-740 89
Fax 030/227-76392

Hiltrud.Breyer@berlin.de
hbreyer@europarl.eu.int

www.hiltrud-breyer.de

Das „Weißbuch“ 2001 forderte noch kategorisch, krebserregende oder nicht ?

Abbaubare Stoffe müssten durch umwelt- und gesundheitsschonende Substanzen ersetzt werden. Nach den neuesten Plänen muss die Industrie lediglich ihre Emissionen „adäquat“ kontrollieren, um die Erlaubnis zur fortgesetzten Freisetzung hochgefährlicher Stoffe in die Umwelt zu bekommen. Weiterhin muss also die Industrie die Unbedenklichkeit ihrer Produkte nicht nachweisen. Darüber hinaus fordert die Kommission hochgefährliche Substanzen zu erlauben, wenn der sozio-ökonomische Nutzen die Risiken für Gesundheit und/oder Umwelt übersteigt. Es kann zwar richtig sein, derartige Überlegungen auch einzubeziehen, jedoch nur dann, wenn zu entscheiden ist, WIE die Verwendung dieser besonders gefährlichen Stoffe beendet werden kann.

Weiterhin sieht die neue Praxis vor, die bisherige Trennung zwischen „alten“ (vor 1981 produzierten) und neuen Substanzen zu beenden. Für die erste Kategorie, die rund 30.000 Chemikalien umfasst, sollen die Unternehmen künftig „aussagekräftige“ Daten vorlegen, die dann bis 2020 registriert werden.

Als „besonders gefährlich“ eingestufte Stoffe sind für zusätzliche Zulassungsverfahren vorgesehen, wobei hierfür die Industrie verpflichtet wird, deren Unbedenklichkeit nachzuweisen. Von den mehr als 100.000 verschiedenen Chemikalien, die für Lebensmittel verwendet werden oder in die Natur ausgebracht werden, die in der Industrie oder in Laboren benutzt werden, sind nur fünf Prozent bisher getestet und als unbedenklich eingestuft worden.

Die EU – Kommission ist dringend aufgefordert, die Internet – Konsultation nicht zu verlängern, damit das Parlament so schnell wie möglich beraten kann, um dem Umweltschutz und dem Verbraucherschutz wieder ein stärkeres Gewicht zu geben.

<http://europa.eu.int/comm/environment/chemicals/whitepaper.htm>

Öltanker unter strengerer Regelung

Schiffe mit Einhüllen-Öltanks dürfen künftig auf den Gewässern der EU kein schweres Heizöl, Rohöl, Bitumen oder Teer mehr transportieren oder EU-Häfen anfahren. Dies haben die Verkehrsminister auf ihrer Rats-tagung im April auf Vorschlag der EU-Kommission beschlossen.

Sofort sollen alle Einhüllen-Öltank-schiffe aus dem Verkehr gezogen werden, die von der Bauart der havarierten „Erika“ und „Prestige“ sind und die älter als 23 Jahre sind.

Jüngere Tankschiffe aus dieser Bauart werden zwischen 2005 (Kategorie 1-Tanker) und 2010 (Kategorie 2 und 3) nach einem strafferen Zeitplan als dem derzeit geltenden ausgemustert. Bis dahin werden sie strengeren Sicherheitsinspektionen unterzogen. Wenn das EP dem zustimmt, kämen diese neuen Regelungen den Vorschriften in den USA gleich, die schon seit Jahren ihre Häfen für Einhüllentanker gesperrt haben.

Die EU will sich auch dafür einsetzen, ähnliche Regelungen durch die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO) weltweit durchzusetzen. Deutschland will sich darüber hinaus für eine neue Sicherheitsphilosophie in der Seeschiff-fahrt einsetzen, so dass europaweit ein System von Notliegeplätzen entstehen soll und schwierige und enge Seestraßen nur noch mit Lotsen befahren werden dürfen.

<http://www.europa.eu.int/comm/transport/themes/maritime>

25. Ergänzung zu Chemikalien-Verboten

Anfang April hat das EP in zweiter Lesung über die 25. Ergänzung der Richtlinie über Verbote von krebserregenden, erbgutverändernden und giftigen Substanzen (CMR) beraten.

Alle Änderungen der Grünen/EFA wurden durch den Rat abgelehnt.

Der Umweltausschuss akzeptierte diese Position des Rates mehrheitlich.

Die Ergänzungen bezüglich dieser Substanzen in Kosmetika sollen erfreulicherweise in die 7. Ergänzung der Kosmetik - Richtlinie aufgenommen werden. (CMR-Substanzen der Kat. 1 und 2). Überaus bedauerlich ist allerdings, dass der Geltungsbereich für die CMR – Substanzen nicht auch auf „Artikel“ ausgeweitet werden konnte, wobei sich die Definition von „Artikeln“ eher nach deren Form als nach deren chemischer Zusammensetzung richtet und diese die eigentlichen Gegenstände sind, mit denen die Verbraucher ständig in Kontakt kommen.

Dok.: 76/769/EEC und A5-0099/2003

Die Umwelt steht für die Europäer an erster Stelle - Umfrage von EUROBAROMETER

Die Ergebnisse einer Erhebung von „Eurobarometer“ mit dem Titel „Die Einstellung der Europäer zur Umwelt“ zeigen, dass die Umwelt weiterhin an erster Stelle der als wichtig erachteten Themen steht. Im vergangenen Herbst wurden dazu 16.000 EU-BürgerInnen befragt. Veränderungen zu vorangegangenen Umfragen gab es bei den Ansichten darüber, welches die Hauptursachen für die Umweltverschmutzung sind und welche Maßnahmen getroffen werden sollten.

Auf die Frage, welche Ursachen von Umweltproblemen sie am meisten beunruhigen, erklärten 50 %, dass Atomkatastrophen für sie an erster Stelle stehen, 45 % nannten Industrieunfälle. 86 % befürchten vor allem die Übernutzung von Naturressourcen und die Zunahme von Abfall, 72 Prozent sorgen sich um den Klimawandel. Befragt nach den Umweltsorgen in ihrer Gemeinde sieht sich jeder Zweite durch den Autoverkehr belastet. Und 31 Prozent klagen über Lärmbelastungen. Vierzig Prozent sehen ihre Lebensqualität durch Umweltverbrauch und unzureichende Qualität von Gewässern bedroht.

Fortsetzung Seite 19

Bemerkenswert ist insbesondere, dass 86 % der Befragten der Ansicht sind, Politiker sollten den Umweltschutz genau so ernst nehmen wie die Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik.

Andere Umweltprobleme wie Luftverschmutzung, Naturkatastrophen, Wasserverschmutzung und das Abholzen der tropischen Regenwälder wurden von 41 % bis 44 % genannt.

Eine interessante Entwicklung gegenüber der Erhebung von 1999 ist, dass Griechenland der Mitgliedstaat ist, in dem die größte Besorgnis herrscht, während die BürgerInnen der

Niederlande am wenigsten beunruhigt sind. Die Meinungen zur Schlüsselfrage, was denn zu tun sei, sind ebenfalls geteilt. 50 % der Befragten glauben, dass sie selbst dazu beitragen könnten, die derzeitige Tendenz im Umweltbereich umzukehren, während ebenfalls 50 % der Ansicht sind, dass ihr eigenes Tätigwerden keinen Unterschied herbeiführen könne. Jedoch 65 Prozent sind der Auffassung, dass ihre eigenen Maßnahmen doch Auswirkungen haben könnten, wenn auch die anderen mitmachen.

Weitere Informationen unter:

<http://europa.eu.int/comm/environment/barometer/index.htm>

HINWEISE

PLOTEUS: Neues Webportal zu EU – Bildungsangeboten

Ploteus, aus dem altgriechischen: der „Navigator“, steht für „Portal on Learning Opportunities Throughout the European Space“ und soll den EU-Bürgern umfangreiche Informationsangebote zum Bildungsbereich bieten. Das Portal basiert auf den von nationalen Regierungen bzw. der von ihnen benannten Stellen geleisteten Daten- und Informationszulieferungen. Es bietet die Rubriken Lernangebote, Bildungssysteme, Austausch, Kontakt und Länderinformationen an. <http://www.ploteus.net>

„Ihre soziale Sicherheit bei Aufenthalt in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union“

Diese aktualisierte Veröffentlichung kann über <http://europa.eu.int> bezogen werden.

Neue Organisation der Europäischen Generaldirektion Umwelt

Mit Wirkung vom 3.3.03 ist diese Generaldirektion umfassend reorganisiert worden. Aus fünf vergleichsweise großen Direktionen wurden sieben kleinere Einheiten gebildet. Neu eingerichtet wurden die Direktionen „internationale Angelegenheiten“ und „Ressourcen“.

<http://europa.eu.int/comm/dgs/environment/directory.htm>

Gutachten: Energie - Welt im Wandel

Die Industrieländer müssen ihre Energiepolitik drastisch umsteuern, wenn sie ihre eigene Energieversorgung für die kommenden Jahrzehnte sichern, die Klimaerwärmung in tolerablen Grenzen halten und gleichzeitig die „Energiearmut“ in den Entwicklungsländern bekämpfen wollen. Zu diesem Ergebnis kommt der Wissenschaftliche Beirat „Globale Umweltveränderungen“ (WGBU) in seinem neuen Gutachten „Welt im Wandel: Energie-wende zur Nachhaltigkeit“.

Erstmals behandelt der WGBU die beiden Ziele „Klimaschutz“ und „Überwindung der Energiearmut“ gleichgewichtig. Bis 2020, so das ehrgeizige Ziel, soll die gesamte Weltbevölkerung Zugang zu modernen Energien haben. Dafür sei eine globale Energiewende hin zu erneuerbaren Energiequellen dringend notwendig, um das Weltklima zu schützen und 2,4 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern von Energiearmut zu befreien. [...] Das Gutachten ist zu finden unter:

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).

„Raumschiff Brüssel - Wie die Demokratie in Europa scheitert“

Dieses Buch ist eine schonungslose Kritik an den Schwächen des Brüsseler Apparates und zugleich ein Aufruf, die europäische Politik zu demokratisieren. Die umfangreichen Recherchen der Autoren fördern u.a. Intrigen und Skandale zutage, die allein ausreichen müssten, um die Bürger Europas auf die Barrikaden zu treiben. Doch das System Brüssel funktioniert gut: Fehler werden verschwiegen und Probleme unter den Tisch gekehrt.

Demokratisch legitimiert ist nur das Europaparlament, nicht aber Präsident und Kommission. Die Autoren fordern mehr Kontrolle und mehr Transparenz durch mehr Demokratie.

*Andreas Oldag u. Hans-Martin Tillack, ARGON Verlag,
ISBN 3-87024-578-6; 19,90 Euro. (416 S.)*

TERMINE

Bundesweiter Großkongress: MCPLANET.COM - Die Umwelt in der Globalisierungsfalle

am 27. bis 29. Juni 2003
in der Technischen Uni-
versität Berlin.

Der Kongress von Attac, BUND und Greenpeace, in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Unser Planet - ein Wegwerfprodukt? Wie viel muss der Norden ab-specken, damit der Süden zulegen kann, ohne dass der Planet aus allen Nähten platzt? Sind ökologische und soziale Standards unerlässlich für die Rettung der Erde, oder schützen sie nur unsere Märkte und unseren Wohlstand? Wer soll die Macht über Wasser, Energie und genetische Ressourcen haben? Globale Multis in Selbstregulation? Internationale Institutionen mit global verbindlichen Regeln? Oder doch die lokale Bevölkerung? MCPlanet.com ist der Kongress zu allem, was an der Schnittstelle von Umwelt und Globalisierung relevant und spannend ist.

Programm und
Anmeldung:

<http://www.mcplanet.com>

GRÜNES BÜRO/REGIONALBÜRO NORDBADEN:

DR. DOROTHEA POLLE-HOLL
Sophienstr. 58 · 76133 Karlsruhe
Tel.: 20 31 23 2 · Fax.: 20 31 23 4
kv.karlsruhe@gruene.de
Internet: <http://www.gruene-karlsruhe.de>
Sprechzeiten Mo-Do 9-12 Uhr und Do 20-22 Uhr

LANDTAGSABGEORDNETE:

RENATE RASTÄTTER · Lenzstraße 10 · 76137 Karlsruhe
Tel.: 81 25 66 · Fax: 98 12 701
Renate.rastaeetter@gruene.landtag-bw.de
Mitarbeiterin: **GISA RAIB**
Büro Stuttgart - Tel. 07 11/20 63 68 0 · Mo, Di, Mi 9-17 Uhr

KREISVORSTAND:

MICHAEL BORNER
Brauereistr. 45 · 76137 Karlsruhe · Tel./Fax 1205 291
HOLM-ERIC FENGLER (Kassierer)
August-Bebel-Str. 89 · 76187 Karlsruhe · Tel. 73 12 4
BETTINA LISBACH
Amthausstr. 33 · 76227 Karlsruhe · Tel. 94 18 45 7
MICHAELA MÜLLER
Vorholzstr. 52 · 76137 Karlsruhe · Tel. 85 64 36
DR. HEIKE PUZICHA-MARTZ
Hildebrandstr. 31a · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 43 98
TIM WIRTH · Vorholzstr. 56 · 76137 Karlsruhe · Tel. 82 65 70

ORTSVEREIN DURLACH:

DIETMAR MAIER
Pfinztalstr. 85 · 76227 Karlsruhe · Tel. 94 14 96 1
DR. HEIKE PUZICHA-MARTZ
Hildebrandstr. 31a · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 43 98
WOLFGANG SEMMLER
Bienleinstorstr. 37 · 76227 Karlsruhe · Tel. 40 62 52
GERHARD STOLZ (Kassierer)
Eckhardstr. 21 · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 43 23

ORTSVEREIN NEUREUT:

RUTH KIES · Kirchefeldstr. 89 · 76149 Karlsruhe · Tel. 78 45 67

ORTSVEREIN OST -

OSTSTADT · RINTHEIM · HAGSFELD · WALDSTADT:
SIBYLLE NIES DE ALVA · Tel. 68 58 64

ORTSVEREIN

RÜPPURR · WEIHERFELD · DAMMERSTOCK:
ULRIKE WALTZ · Tel. 88 83 18

FACHSPRECHERINNEN:

Kinder, Jugend · **MICHAEL BORNER** · Tel. 1205291
Gesundheit · **DR. MARKUS NITSCHKE** · Tel. 01 71/1229336
Energie, ökol. Bauen · **ANDREAS RUTHARDT** · Tel. 48 20 38
Arbeit, Wirtschaft, Ökologie · **KLAUS STAPF** · Tel. 40 32 35
Verkehr, ÖPNV · **TIM WIRTH** · Tel. 82 65 70

AK FRAUEN:

über **DOROTHEA POLLE-HOLL** · Tel. 20 31 23 2

GRÜNE JUGEND KARLSRUHE:

PASCAL RENAUD · Tel. 70 66 84

BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

DIETER EMIG und **GABI SCHILLER**
Hebelstr. 13 · 76133 Karlsruhe · Tel.: 29 15 5 · Fax: 29 15 6
Mo-Do 9-13 Uhr und Fr 9-12 Uhr
gruene@fraktion.karlsruhe.de

Deutsche Post 

Entgelt bezahlt
76133 Karlsruhe 11

Bei Unzustellbarkeit oder Mängel in der Anschrift,
Anschriftenberechtigungskarte senden an:

GRÜNE · Sophienstraße 58 · 76133 Karlsruhe

GEMEINDERATSMITGLIEDER:

HARRY BLOCK · Abfall, Energie, techn. Umweltschutz, ÖPNV
Fritz-Erler-Str. 11 · 76133 Karlsruhe · Tel. 37 46 08
CHRISTA CASPARI (Fraktionssprecherin)
Jugend, Soziales, Frauen, Sport
Richard-Wagner-Str. 6 · 76185 Karlsruhe
Tel.: 85 38 42 · Fax: 81 11 40
MECNUN ÖLMEZ · MigrantInnen, Flüchtlinge, Integration,
Schule Kanalweg 44 · 76149 Karlsruhe · Tel. 350071 34
DR. GISELA SPLETT (stellvertretende Fraktionssprecherin)
Stadtplanung, Kultur, Naturschutz, Verkehr, Tierschutz
Breslauer Str. 43d · 76139 Karlsruhe · Tel. 96 87 186
KLAUS STAPF
Wirtschaft und Arbeit, Demokratie, Gesundheit, Verwaltung
Amthausstr. 22 · 76227 Karlsruhe · Tel. 40 32 35

GRÜNE REGIONALVERBANDSFRAKTION

MITTLERER OBERRHEIN:

KLAUS STAPF (Sprecher) · Tel. 40 32 35

ORTSCHAFTSRATSMITGLIEDER:

DURLACH:
DR. HILDEGUND BRANDENBURG
Badenerstr. 21 · 76227 Karlsruhe · Tel. 42 89 8
BRIGITTE KEBLER
Oberlinstr. 15 · 76227 Karlsruhe · Tel. 44 51 3
RALF KÖSTER
Säckinger Str. 10 · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 49 89

GRÖTZINGEN:

ALEXANDRA KNÖBL
Im Brühl 7 · 76229 Karlsruhe · Tel. 48 30 54
EBERHARD DEHNE-NIEMANN
Ziegeleistr. 2a · 76229 Karlsruhe · Tel. 48 26 68

NEUREUT:

RUTH KIES
Kirchefeldstr. 89 · 76149 Karlsruhe · Tel. 78 45 67

WETTERSACH:

MARJETTE GÄB
Im Kloth 54 · 76228 Karlsruhe · Tel. 45 33 64

WOLFARTSWEIER:

ROLAND RENGER
Am Zündhüte 14 · 76228 Karlsruhe · Tel. 47 12 3

BANKVERBINDUNG:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Karlsruhe
Konto 80 33 44 13 00 · BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG